

Herausgegeben im Auftrag der Rechtswissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Zürich von S.K. Alexander, R. Arnet, S.P. Baumgartner, W. Boente,  
P. Breitschmid, A. Büchler, H.C. von der Crone, T. Domej, U. Haas, A. Heinemann,  
H. Heiss, R.M. Hilty, D. Jakob, L.D. Loacker, P. Picht, W. Portmann, R. Sethe,  
F. Thouvenin, H.U. Vogt, R.H. Weber

**Gian Andri Capaul**

**Standortbestimmung und  
Perspektiven der Parteiautonomie  
im internationalen Erbrecht  
der Schweiz**

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXVII
Literaturverzeichnis.....	XXXV
Materialienverzeichnis.....	LIII

## **Teil 1: Einleitung..... 1**

<b>§ 1 Untersuchungsgegenstand.....</b>	<b>3</b>
I. Einordnung.....	3
II. Parteiautonomie als etwas Gewährtes.....	4
III. Abgrenzung von <i>Parteiautonomie</i> und <i>Privatautonomie</i> .....	5
IV. <i>Professio iuris</i> und Rechtswahl.....	6
V. Anlass der Untersuchung.....	7
VI. Fokus der Untersuchung.....	8
<b>§ 2 Aufbau.....</b>	<b>9</b>

## **Teil 2: Lokalisierung und Einordnung der Rechtswahlstatbestände des schweizerischen und des europäischen Erbkollisionsrechts..... 11**

<b>§ 1 Vorbemerkungen.....</b>	<b>13</b>
<b>§ 2 Schweizerisches IPR-Gesetz.....</b>	<b>14</b>
I. Strukturelemente des Erbkollisionsrechts.....	14
1. Aufbau des Erbkollisionsrechts im IPRG.....	14
2. Aufbau des Erbkollisionsrechts im Revisionsentwurf.....	15
3. Folgerungen.....	15
II. Differenzierung aufgrund der Eigenschaften des Anknüpfungssubjekts.....	16
1. Eigenschaften des Anknüpfungssubjekts.....	16
2. Ausländer mit letztem Wohnsitz in der Schweiz.....	17
2.1 Normzuständigkeit von Art. 91 Abs. 1 E-IPRG.....	17
a. Allgemeines.....	17

b.	Schweizer .....	17
c.	Ausländische Staatsangehörige .....	18
2.2	Zeitliche Aspekte des untersuchungsgegenständlichen Rechtswahlstatbestandes.....	19
a.	Zeitpunktabhängige Rechtswahloptionen .....	19
i.	Allgemeines.....	19
ii.	Fixierung der Rechtswahl im Verfügungszeitpunkt .....	19
iii.	Staatsangehörigkeit im Todeszeitpunkt.....	21
b.	Entwicklungslinien im Rahmen der geplanten Revision.....	22
2.3	Mehrstaater.....	24
a.	Verhältnis zum Effektivitätsgrundsatz des allgemeinen Teils des IPRG.....	24
b.	«Sonderfall» schweizerisch-ausländische Mehrstaater .....	25
i.	Ausgangspunkt: bisherige Rechtslage.....	25
ii.	Art. 91 Abs. 1 E-IPRG und die Gleichbehandlung der Mehrstaater .....	26
iii.	Beibehaltung der Sonderbehandlung von schweizerisch-ausländischen Mehrstaatern: Genese der parlamentarischen Beratungen .....	27
iv.	Auswirkungen der ständerätlichen Ergänzung .....	28
v.	Bewertung des ständerätlichen Eingriffs.....	30
2.4	Teilrechtswahl.....	33
a.	Grundsatz.....	33
b.	Beachtung der Rechtswahl bei zuständigkeitsrechtlicher Nachlassspaltung.....	33
c.	Teilrechtswahl bei zuständigkeitsrechtlicher Nachlassspaltung.....	34
d.	Abgrenzung zur Koordination der Verfahren bei Nachlassspaltung .....	34
3.	Ausländer mit letztem Wohnsitz im Ausland .....	35
3.1	Besondere Abhängigkeit der Rechtswahlmöglichkeit von der Zuständigkeit.....	35
a.	Allgemeines.....	35
b.	Zuständigkeit.....	36
c.	Bestimmung der <i>lex causae</i> .....	37
i.	Massgebliche Kollisionsnormen .....	37
ii.	Rechtswahlmöglichkeiten.....	38
iii.	Rechtswahl und Nachlassspaltung .....	38
iv.	Rechtswahlmöglichkeiten <i>de lege lata</i> .....	39
v.	Folgerungen.....	40

3.2	Besondere Auslegungsbedürftigkeit der Rechtswahlklausel.....	41
a.	Ausgangspunkt .....	41
b.	Anforderungen an eine Rechtswahlerklärung .....	41
c.	Berücksichtigung des Rechtswahlwillens .....	44
i.	Grundsatz.....	44
ii.	Ausnahme.....	44
iii.	Abgrenzung zur Koordination der Verfahren bei Nachlassspaltung .....	45
iv.	Bedeutung von Art. 91 Abs. 3 E-IPRG.....	45
3.3	Erweiterte Rechtswahlmöglichkeiten .....	46
a.	Ausgangslage.....	46
b.	Rechtswahl nach ausländischem Kollisionsrecht.....	46
i.	Allgemeines.....	46
ii.	Im Verhältnis zur EuErbVO im Besonderen .....	48
c.	<i>Renvoi</i> und Rechtswahl .....	48
i.	Abbruch der Verweisung – Allgemeines .....	48
ii.	Abbrucharordnung für das internationale Erbrecht .....	50
iii.	Abbruch infolge Sachnormverweisung des ausländischen Kollisionsrechts .....	50
iv.	Rück- und Weiterverweisung durch das ausländische Kollisionsrecht ...	51
v.	Reichweite des Art. 90 Abs. 2 Satz 2 E-IPRG – Fragestellung.....	51
vi.	Mögliche Anwendung des Art. 90 Abs. 2 Satz 2 E-IPRG auf alle Rückverweisungen .....	52
vii.	Art. 14 IPRG als Auffangregel? .....	54
viii.	Zusammenfassung .....	55
3.4	Gerichtsstandsvereinbarung unter Erben.....	56
a.	Zulässigkeit einer Gerichtsstandsvereinbarung.....	56
i.	Ausgangslage.....	56
ii.	Art. 5 IPRG und erbrechtliche Verfahren .....	57
iii.	Vergleichende Überlegungen mit Blick auf die EuErbVO.....	59
iv.	Ergebnis .....	60
b.	Rechtswahl am prorogierten Gericht.....	60
i.	Massgebliche Rechtsgrundlagen .....	60
ii.	Folgerungen.....	61
3.5	Mehrstaater .....	62
a.	Allgemeines.....	62

b.	Im Besonderen bei Gesamtverweisung .....	63
4.	Schweizer mit letztem Wohnsitz im Ausland .....	64
4.1	Besondere Abhängigkeit der Rechtswahlmöglichkeit von der Zuständigkeit .....	64
4.2	«Standardfall»: Gleichlauf von <i>forum</i> und <i>ius</i> .....	65
a.	Art. 91 Abs. 2 E-IPRG als Rechtswahlstatbestand?.....	65
b.	Kritische Einordnung der Regulierungstechnik .....	67
i.	Eindeutige Klärung der Beziehung zwischen Art. 87 Abs. 2 und Art. 91 Abs. 2 E-IPRG.....	67
ii.	Anwendung von Art. 91 Abs. 2 E-IPRG durch ausländische Gerichte ...	69
iii.	Vermutung der Rechtswahl bei schweizerisch-europäischen Erbfällen .....	71
c.	Mehrstaater .....	72
i.	Ausgangslage.....	72
ii.	Zuständigkeit .....	72
iii.	Effektivitätsgrundsatz – Allgemeines.....	73
iv.	Keine Anwendung des Effektivitätsgrundsatzes <i>de lege lata</i> .....	73
v.	Keine Anwendung des Effektivitätsgrundsatzes <i>de lege ferenda</i> .....	74
vi.	Unterschiedliche Auslegungsansätze.....	75
vii.	Die Beachtung von Art. 23 Abs. 1 IPRG in kollisionsrechtlichen Fragen .....	76
viii.	Mögliche Sonderbehandlung von schweizerisch-ausländischen Mehrstaatern .....	79
d.	Teilrechtswahl.....	79
e.	Optimierungspotenzial .....	80
4.3	Wahl schweizerischer Zuständigkeit bei gleichzeitiger Wahl einer ausländischen Rechtsordnung .....	81
a.	Kurze Genese der Rechtswahloption.....	81
b.	Das Gegenteil von Schweizer Recht .....	83
i.	Die Hinweise in der bundesrätlichen Botschaft .....	83
ii.	Auslegungsvariante .....	84
iii.	Beachtung von Art. 91 Abs. 1 E-IPRG für schweizerisch-ausländische Mehrstaater .....	84
iv.	Prozessökonomische Einwände gegen weitergehende Rechtswahloptionen .....	86
v.	Zwischenfazit .....	87

vi.	Mögliche Sonderbehandlung von schweizerisch-ausländischen Mehrstaatern .....	87
vii.	Nachrangige Beachtung der objektiven Anknüpfung bei Anordnung von «Gegenteiligem».....	88
viii.	Folgerungen .....	89
c.	Beachtlichkeit einer Teilrechtswahl.....	90
4.4	Rechtswahloptionen bei Zuständigkeit nach Art. 87 Abs. 1 E-IPRG.....	91
a.	Zuständigkeitsrechtliche Voraussetzungen.....	91
b.	Grundsätzliche Zulässigkeit einer Rechtswahl bei Zuständigkeit nach Art. 87 Abs. 1 E-IPRG .....	92
c.	Wahl einer ausländischen Rechtsordnung .....	92
i.	Massgebliche Rechtsgrundlage .....	92
ii.	Die Behandlung des schweizerisch-ausländischen Mehrstaaters im Gesetzesentwurf .....	93
iii.	Mögliche Sonderbehandlung von schweizerisch-ausländischen Mehrstaatern .....	94
iv.	Unzulässige Rechtswahl i.S.d. Art. 91 Abs. 1 E-IPRG .....	95
d.	Diskrepanz durch vermeintliche Vereinfachung.....	95
i.	Ausgangspunkt .....	95
ii.	Gleichlauf von <i>forum und ius</i> .....	96
iii.	Fragliche Ungleichbehandlung von Auslandschweizern und ausländischen Staatsangehörigen mit letztem Wohnsitz im Ausland.....	97
e.	Wahl schweizerischen Rechts ohne Prorogationsintention .....	99
i.	Massgebliche Rechtsgrundlage .....	99
ii.	Keine Beschränkungen durch Art. 23 IPRG.....	100
iii.	Bedeutung von Art. 87 Abs. 2 E-IPRG.....	101
f.	Beachtlichkeit einer Teilrechtswahl.....	101
4.5	Mehrstaater .....	102
a.	Zusammenfassende Feststellungen hinsichtlich des Gesetzesentwurfs.....	102
b.	Mögliche Sonderbehandlung von schweizerisch-ausländischen Mehrstaatern .....	103
4.6	Zusammenfassende Würdigung der Rechtswahlmöglichkeiten von Auslandschweizern.....	104
III.	Differenzierung hinsichtlich des Anknüpfungsgegenstandes .....	106
1.	Anknüpfungsgegenstand und Statutumsumfang .....	106
1.1	Sonderanknüpfung von Teilfragen des internationalen Erbrechts.....	106

a.	Allgemeines.....	106
b.	Qualifikation <i>lege fori</i> .....	107
c.	Verhältnis von Regel- und Sonderanknüpfung.....	107
1.2	Verfügungen von Todes wegen als ein Ausgangspunkt von Sonderanknüpfungen.....	108
a.	Erbverträge .....	108
b.	Geplante Neuerungen in Zusammenhang mit letztwilligen Verfügungen .....	109
c.	Besondere Bestimmung für «andere vertragliche Verfügungen über den Nachlass».....	110
i.	Neue Bestimmung des Gesetzesentwurfs – Allgemeines.....	110
ii.	Integration von Art. 95a E-IPRG in Art. 95 E-IPRG?.....	110
iii.	Folgerungen für die Rechtswahlmöglichkeiten.....	111
d.	Abgrenzung zu lebzeitigen Verfügungen .....	112
1.3	Terminologische Besonderheiten der Statutsbeschreibung .....	113
1.4	Gesondert angeknüpfte Teilfragen in Zusammenhang mit Verfügungen von Todes wegen.....	114
a.	Anknüpfungsgegenstand von Art. 94 ff. E-IPRG.....	114
i.	Allgemeines.....	114
ii.	Grundsätzliche Zulässigkeit im Besonderen .....	115
iii.	Pflichtteile unterfallen nicht der Sonderanknüpfung.....	115
b.	Kohärenzbestrebungen mit dem unionalen Kollisionsrecht.....	116
2.	Kollisionsrechtliche Gestaltungsoptionen hinsichtlich des Statuts der Verfügungen von Todes wegen .....	117
2.1	Grundlegende Struktur .....	117
a.	Regel- und Sonderanknüpfung .....	117
b.	Verbindung zum Zuständigkeitsrecht .....	118
c.	Strukturelemente für die Analyse der Sonderanknüpfungen.....	119
i.	Anzahl Verfügende .....	119
ii.	Kleine und grosse Rechtswahl.....	119
2.2	Verfügung von Todes wegen bezüglich des Nachlasses einer Person...	121
a.	Kleine Rechtswahl.....	121
i.	Rechtswahloptionen .....	121
ii.	Mögliche Auswirkungen der ständerätlichen Beratungen.....	121
iii.	Art. 95a E-IPRG im Besonderen .....	122
iv.	Keine Wahlmöglichkeit zugunsten des Wohnsitzrechts .....	122

b.	Grosse Rechtswahl .....	123
i.	Erstreckung der hinsichtlich des Erbstatuts getroffenen Rechtswahl....	123
ii.	Besonderheiten in Bezug auf Art. 91 Abs. 2 E-IPRG.....	124
iii.	Statut der Verfügung von Todes wegen bei Teilrechtswahl hinsichtlich des Nachlasses .....	125
iv.	Zeitliche Aspekte .....	125
v.	Art. 95a E-IPRG im Besonderen .....	127
2.3	Verfügung von Todes wegen bezüglich des Nachlasses mehrerer Personen .....	128
a.	Kleine Rechtswahl.....	128
i.	Allgemeines .....	128
ii.	Objektive Anknüpfung als Ausgangspunkt .....	128
iii.	Subjektive Anknüpfung .....	130
b.	Grosse Rechtswahl .....	132
i.	Erstreckung der hinsichtlich des Erbstatuts getroffenen Rechtswahl....	132
ii.	Zeitliche Aspekte .....	132
iii.	Art. 95a E-IPRG im Besonderen .....	133
2.4	Konzeptionelle Feststellungen hinsichtlich der Rechtswahl und der Sonderanknüpfung von Verfügungen von Todes wegen .....	133
a.	Die Bedeutung des Zeitfaktors in der Anknüpfung.....	133
b.	Fehlende Wahloption zugunsten des Wohnsitzrechts .....	135
c.	Zusammenspiel von grosser und kleiner Rechtswahl .....	135
3.	Rechtswahl und Sonderanknüpfung von Formfragen.....	136
IV.	Zustimmungsbedürftigkeit und Bindungswirkungen erbrechtlicher Rechtswahlerklärungen.....	138
1.	Ausgangspunkt .....	138
2.	Vorbild Erbvertrag .....	139
2.1	Ausgangspunkt: Wortlaut der Kollisionsnormen .....	139
2.2	Lehrstimmen zum bisherigen Recht .....	140
2.3	Lösungsansatz.....	140
3.	Letztwillige Verfügungen.....	141
4.	Zwischenergebnis.....	142
5.	Sonderfall: kleine Rechtswahl in Erbverträgen.....	143
6.	Änderung und Widerruf .....	143
V.	Rechtswahlberechtigung von Erben und Dritten? .....	144
1.	Ausgangslage .....	144



2.	Vermengung von Privat- und Parteiautonomie .....	145
3.	Unwirksamkeit der Rechtswahl infolge Privatautonomie?.....	146
4.	Unterminderung der Rechtswahl durch fehlenden Nachweis des gewählten ausländischen Rechts .....	148
4.1	Allgemeines .....	148
4.2	Grundsatz: iura novit curia .....	149
4.3	Berücksichtigung des Willens der Verfahrensparteien .....	149
4.4	Folgerungen .....	151
VI.	Zusammenfassende Würdigung der Rechtswahloptionen des IPR-Gesetzes .....	151
<b>§ 3</b>	<b>Europäische Erbrechtsverordnung (EuErbVO).....</b>	<b>155</b>
I.	Die EuErbVO im Kontext des schweizerischen Kollisionsrechts.....	155
II.	Parteiautonome Bestimmung des Erbstatuts.....	156
1.	Umriss der Regelanknüpfung .....	156
2.	Rechtswahloption nach Art. 22 EuErbVO .....	157
3.	Zuständigkeitsrechtliche Aspekte.....	159
III.	Rechtswahl hinsichtlich gesondert angeknüpfter Teilfragen .....	161
1.	Sonderanknüpfung von Teilfragen in der EuErbVO .....	161
2.	Gesondert angeknüpfte Aspekte bei Verfügungen von Todes wegen .....	161
3.	Rechtswahloptionen hinsichtlich des Statuts der Verfügung von Todes wegen .....	163
3.1	Anknüpfungsstruktur.....	163
3.2	Rechtswahl im Anwendungsbereich von Art. 24 EuErbVO .....	164
a.	Sonderanknüpfung und umfassende Rechtswahl (grosse Rechtswahl) .....	164
i.	Hypothetisches Erbstatut – Allgemeines .....	164
ii.	Hypothetisches Erbstatut in Abwesenheit einer Rechtswahl.....	165
iii.	Hypothetisches Erbstatut bei Vorliegen einer Rechtswahl .....	165
b.	Auf Teilfragen beschränkte Rechtswahl (kleine Rechtswahl).....	167
3.3	Rechtswahl im Anwendungsbereich von Art. 25 EuErbVO .....	167
a.	Sonderanknüpfung und umfassende Rechtswahl (grosse Rechtswahl) .....	167
i.	Erbverträge, die den Nachlass einer Person betreffen .....	167
ii.	Erbverträge, die den Nachlass mehrerer Personen betreffen.....	168
b.	Auf Teilfragen beschränkte Rechtswahl (kleine Rechtswahl).....	169

3.4	Konzeptionelle Feststellungen hinsichtlich der Rechtswahl und der Sonderanknüpfung von Verfügungen von Todes wegen .....	171
a.	Absicherung der Anordnungen.....	171
b.	Vereinfachte Koordinationsoption.....	172
c.	Stärkung des Aufenthaltsrechts .....	173
d.	Erbverträge bezüglich des Nachlasses mehrerer im Besonderen .....	174
e.	Auslegungsproblematik.....	174
4.	Rechtswahl und Sonderanknüpfung der Form .....	175
IV.	Zustimmungsbedürftigkeit und Bindungswirkungen erbrechtlicher Rechtswahlerklärungen.....	177
<b>§ 4</b>	<b>Völkerrechtliche Verträge .....</b>	<b>180</b>
I.	Bedeutung völkerrechtlicher Verträge im internationalen Erbrecht der Schweiz – Allgemeines.....	180
II.	Multilaterale völkerrechtliche Verträge .....	180
III.	Bilaterale Abkommen .....	181
1.	Vorbemerkungen .....	181
1.1	Allgemeines.....	181
1.2	Bilaterale Abkommen mit Mitgliedstaaten der EU und EuErbVO .....	182
a.	Grundsatz: Weitergeltung der bilateralen Abkommen .....	182
b.	Ausnahmsweiser Vorrang der EuErbVO bzw. des IPRG? .....	182
2.	Estland.....	183
3.	Griechenland .....	184
3.1	Grundsatz.....	184
3.2	Rechtswahloptionen .....	184
3.3	Festhalten am Abkommen? .....	185
4.	Iran .....	186
5.	Italien.....	188
5.1	Anwendungsbereich .....	188
5.2	Zuständigkeit .....	188
5.3	Anwendbares Recht und Zulässigkeit einer Rechtswahl.....	189
5.4	Bewertung der Rechtswahlmöglichkeit.....	190
5.5	Festhalten am Abkommen? .....	192
6.	Japan.....	193
7.	Lettland.....	194
8.	Österreich .....	194

9. Portugal .....	195
10. Rumänien .....	196
11. Vereinigtes Königreich .....	196
12. Vereinigte Staaten von Amerika .....	197
12.1 Anwendungsbereich .....	197
12.2 Bestimmung der <i>lex causae</i> .....	199
12.3 Rechtswahlmöglichkeit .....	199
IV. Zusammenfassende Würdigung des völkervertraglichen Rechtsrahmens .....	200
1. Multilaterale Übereinkommen .....	200
2. Bilaterale Abkommen .....	201
2.1 Einbettung der bilateralen Abkommen mit EU-Mitgliedstaaten in ein verändertes kollisionsrechtliches Umfeld .....	201
2.2 Besonderheit im Verhältnis zu den USA .....	202
2.3 Bedeutung von Korrekturmechanismen .....	203
<b>§ 5 Grundlinien der erbrechtlichen Parteiautonomie .....</b>	<b>205</b>
I. Vorrangstellung der Parteiautonomie: systematische Ausgangspunkte .....	205
II. Beschränkung des Kreises wählbarer Rechte und ihre Gründe .....	206
III. Parteiautonomie und Rechtssicherheit .....	207
IV. Parteiautonomie als Freiheit des Erblassers? .....	209
<b>Teil 3: Beurteilung der erbrechtlichen Parteiautonomie – <i>de lege lata</i> <i>et ferenda</i> .....</b>	<b>211</b>
<b>§ 1 Vorbemerkungen .....</b>	<b>213</b>
<b>§ 2 Anerkennung der erbrechtlichen Parteiautonomie .....</b>	<b>214</b>
I. Ausgangspunkt .....	214
II. Spannungsverhältnisse und Bezugspunkte .....	215
1. Domizil- und Heimatrecht .....	215
2. Koordination mit dem Güterrecht .....	216
3. Sachenrechtliche Anknüpfungspunkte .....	218
4. Gesellschaftsrechtliche Bezugspunkte .....	219
5. Zwischenfazit .....	222
III. Die Suche nach einer geeigneten Anknüpfung: Ein Kompromiss? .....	223
1. Europäische Erbrechtsverordnung .....	223

2.	Haager Erbrechtsübereinkommen .....	224
3.	Schweizerisches IPR-Gesetz .....	225
IV.	Erweiterung und Begrenzung der Parteiautonomie .....	226
1.	Ausgangslage .....	226
2.	Europäische Erbrechtsverordnung .....	226
3.	Revision des IPRG .....	228
4.	Folgerungen.....	228
4.1	Allgemeines.....	228
4.2	Rechtswahl und objektive Anknüpfung.....	229
<b>§ 3</b>	<b>Sachrechtliche Motive als Aspekte erbrechtlicher Parteiautonomie .....</b>	<b>231</b>
I.	Materiellrechtliche Anliegen in Rechtswahlstatbeständen.....	231
1.	Kollisionsrechtliche und materiellrechtliche Gerechtigkeit.....	231
2.	Parteiautonomie und Testierfreiheit .....	231
3.	Perspektive für den weiteren Gang der Untersuchung.....	234
II.	Pflichtteilsschutz durch Beschränkung des Kreises wählbarer Rechte .....	234
1.	Ausgangspunkt.....	234
2.	Bewertung .....	235
2.1	Keine Garantie für Pflichtteil.....	235
2.2	Legitime Erwartungen der Pflichtteilsberechtigten .....	236
a.	Schaffung von Erwartungssicherheit als Ziel.....	236
b.	Mass an Vorhersehbarkeit.....	236
c.	Verhältnismässigkeit.....	239
3.	Entwicklungspotenzial .....	239
III.	Verstärkte Durchsetzung des schweizerischen Pflichtteilsrechts.....	240
1.	Ausgangspunkt.....	240
2.	Bewertung .....	242
2.1	Wirkungen .....	242
2.2	Rechtswahlverbot für Schweizer.....	242
2.3	Schweizerisches Pflichtteilsrecht als berechtigte Erwartung .....	243
2.4	Pflichtteilsrecht als Schranke der Parteiautonomie?.....	245
a.	Wichtige Vorüberlegungen des Gesetzgebers.....	245
b.	Das Pflichtteilsrecht als Mittel der innerfamiliären Versorgung .....	245
3.	Entwicklungspotenzial .....	248
IV.	Gläubigerschutz durch Erbkollisionsrecht .....	250

1.	Ausgangspunkt.....	250
2.	Bewertung .....	251
3.	Entwicklungspotenzial .....	252
V.	Einfallstore materiellrechtlicher Wertungen.....	252
1.	Lois d'application immédiate.....	252
1.1	Eingriffsrecht im erbrechtlichen Kontext.....	252
1.2	Felder möglichen Eingriffsrechts .....	255
a.	Pflichtteilsrecht als Eingriffsrecht .....	255
b.	Wirtschaftspolitische Motivation .....	256
c.	Weitere erbrechtliche Bestimmungen mit Eingriffsnormpotenzial .....	257
1.3	Bedeutung von Eingriffsrecht für die erbrechtliche Rechtswahl.....	258
2.	Ordre public.....	258
2.1	Grundordnung.....	258
2.2	Pflichtteilsrecht und deutscher ordre public .....	259
2.3	Erbrechtliche Rechtswahl und ordre public im IPRG .....	261
2.4	Zusammenwirken von Rechtswahl und ordre public .....	262
VI.	Sachrechtliche Motive als Hinderungsgrund erbrechtlicher Parteiautonomie? .....	263
1.	Besondere Beschränkungen des Rechtswahlstatbestandes.....	263
2.	Begrenzung des Kreises wählbarer Rechtsordnungen .....	264
3.	Folgerungen.....	265
<b>Teil 4: Schlussbetrachtungen .....</b>		<b>267</b>
<b>§ 1 Parteiautonomie als Anknüpfungsprinzip des internationalen Erbrechts .....</b>		<b>269</b>
I.	Allgemeines .....	269
II.	Bedeutung der Parteiautonomie im Erbkollisionsrecht .....	270
III.	Stärkung der erbrechtlichen Parteiautonomie im Gesetzesentwurf.....	271
IV.	Materiellrechtliche Anliegen und Parteiautonomie.....	272
1.	Möglichkeiten zur Berücksichtigung materiellrechtlicher Anliegen .....	272
2.	Leitlinien für die Gesetzgebung .....	273
V.	Bedeutung des schweizerischen Staatsvertragsrechts im Lichte der Europäischen Erbrechtsverordnung .....	274
1.	Multilateraler Rechtsrahmen .....	274
2.	Bilaterale Abkommen.....	274

---

<b>§ 2</b>	<b>Vorschläge für die Ausgestaltung der Rechtswahlstatbestände .....</b>	<b>276</b>
I.	Erbstatut .....	276
	1. Vorbemerkung .....	276
	2. Auseinanderhalten von Zuständigkeit und anwendbarem Recht .....	276
	3. Wählbarkeit des Wohnsitzrechts .....	276
	4. Erweiterung des Kreises wählbarer Rechte.....	277
	5. Rechtswahloption für am Verfahren bezüglich eines Nachlasses Beteiligte .....	278
	6. Teilrechtswahl .....	278
II.	Statut der Verfügung von Todes wegen.....	279
	Stichwortverzeichnis.....	281